

**3. Frankfurter Ludwig-Erhard-Dialog
17. April 2012, 18:30 Uhr**

Vortrag

„Europa, quo vadis“

**Joachim Starbatty
Prof. (em) Dr. Dr. h.c. an der Universität Tübingen
Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**

1. Die unterschiedliche Sicht

Petrus will vor den Henkern des römischen Kaisers Nero fliehen. Da begegnet ihm Jesus, mit dem Kreuz beladen. „Wohin gehst Du, Herr... Quo vadis, Domine?“, fragte Petrus Jesus. Sein Herr antwortete: „Romam venio iterum crucifigi...Ich gehe nach Rom, um wieder gekreuzigt zu werden“. Daraufhin macht sich auch Petrus nach Rom auf.

Wenn wir uns jetzt fragen „Europa, quo vadis“, so sorgen wir uns um den zukünftigen Weg Europas. Die Sicht des Weges ist unterschiedlich. Die Bundesregierung sagt: Europa hat eine gefährliche Wegstrecke vor sich, wird aber schließlich gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Viele Bürger sorgen sich dagegen und fragen sogar: Kommt es zu einer Währungsreform?

2. Der Euro ist ein politisches Projekt

Die Bundesbank war in der Europäischen Union (EU) nicht beliebt. Sie dominierte mit ihrer Politik das Europäische Währungssystem:

- nach der Wiedervereinigung verstärkte Einbindung Deutschland in die europäische Architektur,
- Europäisierung der DM als Ende des DM-Imperialismus,
- erhoffter Integrationsschub, da es aus der Währungsunion keinen Weg zurück gebe.

Die Europäische Währungsunion ist eine hinkende Konstruktion. Sie ist ein Vorgriff auf das, was politisch kommen soll. Doch es gilt: „Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, dass sie sich vollzieht.“ (Otto v. Bismarck, 16. April 1869 im Reichstag).

Eine Währungsunion ohne politische Fundamentierung ist ein historisch einmaliges und risikoreiches Projekt.

Die Entwicklung der Wechselkurse zwischen Deutschland, Italien und Frankreich sind dafür ein Beleg:

1956: 1000 Lire entsprachen 6,70 DM

1998: 1000 Lire entsprachen 0,98 DM

1960: 1 Französischer Franc entsprach 1,10 DM

1998: 1 Französischer Franc entsprach 0,27 DM.

Es bleibt folgende Alternative: Die Politiken in den Mitgliedstaaten gleichen sich einander an und kompensieren so das fehlende Wechselkursventil oder die unterschiedliche Entwicklung der realen Wechselkurse ist ein Sprengsatz für die Währungsunion.

3. Die Euro-Rettungsstrategie

Die Bundesregierung hat keinen „Masterplan“, sondern reagiert Schritt für Schritt auf die jeweiligen Herausforderungen.

Folgende Strategie ist in Umrissen erkennbar:

- Kurzfristig: Wir müssen Zeit kaufen, damit Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien – in der Londoner City werden diese Länder PIIGS genannt – ihre finanziellen Schwierigkeiten überwinden können. Ziel: Weniger ausgeben als einnehmen. Wirkt kurzfristig aber prozyklisch; stürzt die PIIGS noch stärker in die Rezession.
- Langfristig: Stabilisierung der Eurozone durch Fiskalpakt und Schuldenbremse.

Auf Angela Merkel lastet starker internationaler Druck. Wenn ihr europäisches Verantwortungsbewusstsein eingefordert wird, dann heißt das, den Widerstand gegen Eurobonds und den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB aufzugeben.

4. Wenn der Euro das Problem ist...

... nützt Zeit kaufen nichts. Ohne Euro und EZB müssten die PIIGS nicht gerettet werden. Sie wurden durch die Euro-Dividende und die Billig-Geld-Politik zu leichtfertiger privater und öffentlicher Verschuldung verführt:

- Private und öffentliche Verschuldung stieg entgegen den Erwartungen; in besonders Spanien hohe Verschuldung der Kommunen/Regionen.
- Fehlentwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur ausgelöst durch die Immobilienblasen
 - = Spanien: Besichtigung und Kauf von Eigentumswohnungen als Wochenendvergnügen,
 - = Irland: die Immobilienspekulation war Volkssport;
- Verlust internationaler Konkurrenzfähigkeit. The Economist: „Greece’s moribund economy is hopelessly uncompetitive.“

Inzwischen hat man auf politischer Ebene begriffen, dass eine Austerity-Politik die Rezession verschärft; daher die Forderung nach einem Marshallplan für Griechenland, Irland, Spanien, Portugal und den Mezzogiorno Italiens. Aber: Diese Länder bekommen seit ihrer Mitgliedschaft „Marshallplan-Gelder“. Im Zeitraum 2007-2013 sind dafür im EU-Haushalt 308 Mrd. € vorgesehen.

5. Höhere Bürgschaften, mehr Geld als Lösung?

- Aufstockung des Rettungsschirms (Brandmauern) löscht nicht das Feuer in den Schuldnerstaaten; ist für Frankreich belastender als für Deutschland,
- Eurobonds verleiten zu „moral hazard“, da Entscheidung und Haftung auseinanderfallen,
- Der unmittelbare Ankauf von Staatsanleihen (Monetarisierung der Staatsschuld ist verboten); der Ankauf am Sekundärmarkt stößt auf deutschen Widerstand; wird neuerdings wieder von Präsident Nicolas Sarkozy gefordert.
- Die Target-Salden zwischen den Mitgliedszentralbanken erweitern sich; sie ersetzen Bankfinanzierung durch EZB-Finanzierung, wobei die Bundesbank zum Hauptgläubiger der EZB geworden ist; Verluste fallen an, wenn Schuldnerstaaten Konkurs anmelden oder aus der Eurozone austreten.

- Die geldpolitische Schwemme („dicke Berta“) von Mario Draghi
 - = Hilfe für marode Banken gegen dubiose Sicherheiten
 - = Indirekte Monetarisierung der Staatsschuld. Auf den Märkten spricht man von „Sarkotrade“; Schlesinger: Das erinnert an die deutsche Kriegsfinanzierung über MEFO-Wechsel
 - = Wettbewerbsverfälschung auf der Passivseite
 - = Geld ist zu reichlich und zu billig zu haben -> underpricing of risk (Horst Köhler, Mai 2008): Immobilienblase in den USA, Irland, Spanien... Die nächste in Deutschland und in der Schweiz?
 - = Schneller Gewinn vs. langfristige Verluste.

6. Die Alternative

Die PIIGS brauchen ein überzeugendes Geschäftsmodell. Jürgen Fitschen: Wir müssen ein Land so interessant machen, dass privates Kapital zufließt.

Island hat sich über Abwertung und Anpassung aus seiner Krise herausgearbeitet. Das würde auch für Griechenland gelten.

Bei Austritt Griechenlands kann ein Dominoeffekt in Richtung Portugals, vielleicht auch Spaniens nicht ausgeschlossen werden. Greifen die Sanierungsprogramme, wird die Spekulation auslaufen.

Gefahr eines anderen Domino-Effekts: Wie lange werden die anderen Schuldnerländer still halten, bevor sie nach einem Schuldenschnitt à la Griechenland verlangen?

„Time“ (12. April 2012): Wenn Deutschland aus der Eurozone ausscheidet, würde der Euro automatisch abgewertet. Wäre politisch aber nur mit Frankreich möglich.

7. Wohin geht Europa, wohin treibt Europa?

- Die Bundesregierung: Zu unserer Euro-Rettungspolitik gibt es keine Alternative; es wird schon gut gehen; erinnert an die Methode des französischen Mediziners Coué: Es geht vorüber... Man muss nur fest genug daran glauben.
- Der Fiskalpakt als Vorstufe zu den vereinigten Staaten von Europa
 - = Keine Lösung für das Wettbewerbsproblem: hoher Zeitbedarf und Einschränkung nationaler Beweglichkeit,
 - = mangelnde politische Bereitschaft anderer Mitgliedstaaten
 - = rechtlich brüchige Basis.

- Der Euro ist nicht Europa
 - = Konsolidierung auf die Mitgliedstaaten, die ihn aushalten können; kein no bail out mehr in Zukunft,
 - = Ausstieg Deutschlands aus der Eurozone,
 - = Renationalisierung der Währungen.
- Lucius Annaeus Seneca: „fata ducunt volentem – involentem trahunt“